Lexit – Ein Überblick

Der vorliegende Text soll einen kleinen Überblick über die Debatte um einen Lexit – einen left exit – geben. Statt zu versuchen, den gesamten Diskurs und seine Argumente innerhalb eines Textes umfassend darzustellen beschränke ich mich auf eine holzschnittartige Zusammenfassung und ergänze diese am Ende um einige Empfehlungen zu ausgewählten, weiterführenden Texten.

Ursprünge der Lexit-Debatte

Der Ausdruck 'Lexit' im gegenwärtigen Diskurs hat zwei Ursprünge: Zum einen wurde er in der französischen Debatte, insbesondere von Frédéric Lordon geprägt. Vorgeschlagen wird damit ein ideologischer Abschied der Linken vom Euro (u.a. [hier](#)). Zum anderen kam er in Großbritannien im Kontext des Brexit-Referendums auf, wo er die linke Kampagne für einen Austritt aus der EU bezeichnete (siehe [hier](#)).

So gibt es in der Verwendung des Begriffs heute zwei Unterschiede: Erstens kann sich der Exit sowohl auf den Euro wie auch auf die EU beziehen. Zweitens kann er sich sowohl auf das Ansinnen, den linken Euro/EU-Diskurs zu entideologisieren und nüchterner auf den tatsächlichen Charakter der jeweiligen Institution zu schauen, wie auch auf reale linke Strategien zum Bruch mit selbigen beziehen.

Beide Ursprünge, der französische und der britische, datieren auf den Zeitraum Mitte 2015 – Mitte 2016. Während der 'britische Lexit' sich aus Camerons politischen Manöver, ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft einzuberufen und der daraus folgenden Auseinandersetzung ergab, wurde der Diskurs um das Verhältnis der gesellschaftlichen Linken zum Euro stark von der Kapitulation der ersten Syriza-Regierung geprägt. Bei der Parlamentswahl sowie dem Referendum im Juli 2015 erteilten die Griechen ihrer Regierung ein klares Mandat zum Bruch mit der Troika und zum Übergang von der Austeritätspolitik zu einer wachstumsorientierten und sozial umsichtigen Wirtschaftspolitik. Die Regierung scheiterte jedoch an den geldpolitischen Daumenschrauben der EZB sowie den Verhandlungen der von Schäuble dominierten Eurogruppe. Die Verhandlungen und ihr Ergebnis – ein weiteres, noch härteres Kürzungsprogramm, führten die Unmöglichkeit einer anti-neoliberalen Politik innerhalb der Eurozone besonders deutlich vor Augen.

In der zweiten Jahreshälfte 2016 ist das [Lexit Netzwerk](#) entstanden: ein internationales Netzwerk von Menschen aus Wissenschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien, die sich einig sind, dass man die Spielregeln des Euro (und der EU) nicht einfach an der Wahlurne ändern kann. Statt um einen neutralen Rahmen, in dem mal linke, mal rechte Politik gemacht wird, handelt es sich demnach um ein per se neoliberales Gefüge, weswegen eine anti-neoliberale Politik nicht ohne institutionellen Bruch zu haben ist. Grundkonsens des Netzwerkes ist die Ablehnung des Euro und der neoliberalen EU-Integration.

Ähnlich argumentierende Gruppen sind in vielen Euroländern im nationalstaatlichen Kontext entstanden, so die deutsche [Initiative Eurexit](#), das österreichische Euroexit gegen Sozialabbau, Salir del Euro in Spanien oder auch die Linksabspaltung der griechischen Syriza, LAE.

Anti-neoliberale Politik muss gegen EU durchgesetzt werden

Das wichtigste Argument: Die heutige EU und innerhalb dieser vor allem das Eurosystem sind nicht etwa ein Schutzschild gegen die Institutionen der neoliberalen Globalisierung, sondern vielmehr deren europäische Dimension. Über die EU-Verträge (Maastricht-Regeln, Unabhängigkeit der EZB und einseitiger Fokus auf Preisstabilität, Überordnung der Binnenmarktfreiheiten, Verbot staatlicher Beihilfen etc. etc.) wird der Druck in Richtung Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Kommodifizierung und radikalem Standortwettbewerb systematisch immer weiter gesteigert. Durch die Rechtsprechung des EuGH werden die Binnenmarktfreiheiten systematisch sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Belangen übergeordnet. Durch den Euro fällt die Möglichkeit der äußeren Abwertung weg, so dass der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Sozialleistungen und Steuern voll durchschlägt. Durch die Kompetenzübertragungen im Rahmen des Lissabon-Vertrages ist es kaum mehr möglich, Wirtschaftsabkommen wie CETA oder JEFTA demokratisch zu verhindern oder zu beeinflussen etc. etc.

All das ist in der EU außerhalb der Einflussphäre der Demokratie verbrieft: Das EU-Primärrecht hat vollumfänglich Verfassungsrang und ist dadurch dem Zugriff des EU-Parlamentes entzogen, egal ob es da eine linke Mehrheit gibt oder nicht. Wichtige Institutionen wie die EZB oder der EuGH sind zudem gänzlich unabhängig von demokratischer Kontrolle. Auch die EU-Kommission ist von der Notwendigkeit, sich dem Volk in Wahlen zu stellen, freigestellt. Um diesen Rahmen zu ändern bräuchte es tiefgehende Vertragsänderungen. Diese wiederum sind nur im Konsens aller 27 Mitgliedsstaaten zu haben. Eine linke Reform der EU (‘soziales Europa’) ist daher in absehbarer Zeit undenkbar.

Die hier beschriebene Unmöglichkeit innerhalb des bestehenden politischen Rahmens der EU und des Euro eine anti-neoliberale Politik zu machen, war bis zur Eurokrise eher ein Thema für abstrakte, theoretische Diskussionen. Durch die Troika-Interventionen, den Fiskalpakt, das *quantitative easing* der EZB etc. etc. wurde die neoliberale Agenda der EU jedoch so weit verschärft, dass der anti-demokratische und anti-soziale Charakter der ganzen Veranstaltung für immer mehr Menschen sehr direkt spür- und sichtbar wurde und der historische Vertrauensvorschuss der EU-Integration schnell dahinschmolz.

Anti-Establishment-Positionen von links besetzen

Der Brexit, das Scheitern der italienischen Verfassungsreform und die Wahlergebnisse von Front National, UKIP etc. zeigen deutlich, wie schlecht es um die Legitimation der EU bestellt ist. Erbärmliche Re-Legitimierungsversuche wie die ‘soziale Säule’ zeigen, wie unfähig das EU-Establishment ist, darauf sinnvoll zu reagieren. Vor diesem Hintergrund ist es wahrscheinlich oder zumindest denkbar, dass die EU und der Euro in ihrer gegenwärtigen Form

mittelfristig nicht überlebensfähig sind. Linke sollten sich daher der Suche nach sinnvollen Alternativen nicht entziehen.

Wenn die Linke aufgrund eines falsch verstandenen Internationalismus (EU = international; international = gut, also: EU = gut, also: EU-Kritik = schlecht) keine sinnvollen Alternativen anbietet, bleibt die Kritik am EU-Establishment uns seinem radikalisierten Neoliberalismus der politischen Rechten überlassen. Das ist brandgefährlich und kann dazu führen, die Linke vollends von der politischen Landkarte zu tilgen. Eine neoliberale Linke braucht kein Mensch.

Die oben angesprochenen Netzwerke leisten auf der Suche nach sinnvollen Alternativen einen wichtigen Beitrag. Von einem reformierten Europäischen Währungssystem über unilaterale Exit-Strategien und Überlegungen zur Einführung von Parallelwährungen bis hin zum Ansatz einer variablen, netzwerkartigen EU-Integration werden zahlreiche Konzepte diskutiert, die sich um reale, linke Alternativen zum Euro bzw. der EU drehen.

Textempfehlungen

Unbedingt lesenswert ist zunächst der Aufruf des Lexit-Netzwerkes, der [hier](#) in deutscher Sprache zu finden ist. Das Netzwerk stellt zudem regelmäßig in einem [Blog](#) interessante Texte bereit und versendet ab und an einen Newsletter, der [hier](#) abonniert werden kann. Der Aufruf der deutschen Initiative Eurexit ist [hier](#) zu finden.

Einen etwas ausführlicheren Überblick über die Debatte habe ich bereits im April 2016 [hier](#) veröffentlicht. Darin werden auch verschiedene Ansätze für geldpolitische Alternativen angesprochen. Eine aktuellere und umfassendere Begründung zur Notwendigkeit des Bruchs mit dem bestehenden EU-Rahmen habe ich [hier](#) versucht.

Unbedingt lesenswert sind m.E. die Ausführungen von Wolfgang Streeck zur Frage, warum der Euro Europa spaltet, statt es zu einigen ([hier](#)). Zum anti-demokratischen Charakter des Euro-Regimes liefert Frédéric Lordon [hier](#) (auf Englisch) eine brillante Analyse. Eher überblicksartig zur Euro-Kritik findet sich zudem [hier](#) ein guter Text von Martin Höpner und Julian Müller. Sehr hörensenswert ist der Vortrag „Europa im Nord-Süd-Konflikt“ von Fritz Scharpf ([hier](#)).

Zu Reformoptionen der EU, insbesondere mit Blick auf die Rechtsprechung des EuGH hat Martin Höpner aus europarechtlicher Perspektive eine lesenswerte Studie vorgelegt, die [hier](#) zu finden ist. Zum Ansatz einer flexibleren Integration und zur Kritik an der Idee der Vereinigten Staaten von Europa findet sich zudem [hier](#) ein wichtiger Beitrag von Peter Wahl. Peter Wahl hat auch einen hilfreichen Text über die Rolle des Nationalstaates verfasst, der m.E. bei der Entwirrung manches verworrenen linken Diskurses nützlich ist ([hier](#)).

Natürlich gibt es noch sehr viel mehr zum Thema zu sagen und sehr viele weitere Texte zu empfehlen. Für den Moment soll das aber genügen.

Steffen Stierle, August 2017